

LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN!



In diesem Kreisinfo beschäftigen wir uns in erster Linie mit zwei Schwerpunkten: **Erstens** mit der Frage, wie es weiter geht mit der Erneuerung unserer Partei.

Der SPD geht es — jenseits von Wahlergebnissen und Umfragewerten — nicht gut. Die Analyse und die Reformüberlegungen betreffen natürlich auch unseren Kreisverband.

Unser Ziel ist es, Euch auf dem ordentlichen Kreisparteitag, der vermutlich im Mai 2010 stattfinden wird, ein Arbeitsprogramm für den neu gewählten Kreisvorstand vorzustellen, das die erkannten Schwächen in der Parteiarbeit benennt und Wege zu einer moderneren, attraktiveren, demokratischeren und lebendigeren Partei aufzeigt.

Klar ist, dass keine noch so gute Idee vom Parteivorstand, vom Landesvorstand oder vom Kreisvorstand die SPD wieder auf die Erfolgsspur bringen kann. Entscheidend wird sein, dass die Vorschläge auf allen Ebenen, also auch in den Ortsvereinen umsetzbar sind und umgesetzt werden. Oder um aus dem Leitan-

trag zu zitieren, den wir am vergangenen Sonnabend auf dem Landesparteitag fast einstimmig beschlossen haben:

„Die Partei muss sich bei dieser ambitionierten Vielzahl von Veränderungen und Verbesserungen darüber im Klaren sein: in den nächsten beiden Jahren brauchen wir eine große Bereitschaft, sich in den hier genannten Projekten zu engagieren. Der Parteitag ruft alle Mitglieder auf, sich dabei einzubringen.“

Zweitens beschäftigen wir uns mit den 100-Tage-Bilanzen der schwarz-gelben Chaos-Koalitionen auf Landes- und Bundesebene. Denn bei allen notwendigen Diskussionen über den inneren Zustand der SPD dürfen wir natürlich nicht vergessen: Die Wählerinnen und Wähler erwarten von uns, dass wir unsere Rolle als Opposition annehmen, ein Gegengewicht zu den Chaostruppen in Kiel und Berlin bilden und uns als Alternative anbieten.

Dabei können wir nicht dort weiter machen, wo wir standen, als die Wählerinnen und Wähler uns am 27. September den Regierungsauftrag entzogen haben. Aber ein Neustart wird nicht an allen Stellen so schnell gehen, wie der eine oder die andere sich das wünscht. Denn eine Partei, die ihre Positionen von einem auf den anderen Tag wechselt oder plötzlich Konzepte aus dem Hut zaubert, die ihr in 11 bzw. 21 Jahren Regierungsbeteiligung nicht eingefallen sind, wird das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler nicht gewinnen.

Deshalb haben wir — auf Grundlage des Hamburger Programms — sorgfältig zu prüfen, welche unserer Positionen wir verändern, vielleicht sogar räumen müssen und was wir stattdessen wollen.

Das wird manche Diskussion und auch Parteitage brauchen. Denn

gleichzeitig wollen wir uns ja auch von der Basta-Politik verabschieden und wieder eine Partei werden, die vom Kopf auf die Füße gestellt wurde. Sprich: Wir wollen, dass die Meinungsbildung in der SPD wieder von unten nach oben läuft. Das ist anstrengend und braucht Zeit.

Auf jeden Fall wird die SPD erst wieder stark werden, wenn wir überzeugende Antworten liefern und nicht, weil die anderen so schwach sind. Um nur die wesentlichen Baustellen zu nennen:

- Unsere Arbeitsmarktgesetze werden von Vielen als ungerecht empfunden und sind — wie uns das Bundesverfassungsgericht gerade eindeutig bestätigt hat — in Teilen schlecht gemacht.
- Die Rente mit 67 ist so nicht machbar. Aus der 67 nur wieder eine 65 zu machen, löst auch keine Probleme.
- Wir brauchen ein überzeugendes, verständliches, gerechtes Steuerkonzept.
- Wir müssen unsere Position zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr klären.

Herzliche Grüße
Euer

Sönke Rix, Kreisvorsitzender

SPD-KREIS-INFO

Herausgeber / Verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg
Claudia Sieg, Sönke Rix

Tel. 04331-437 4602
Fax 04331-437 4603
Mail: kv-rendsbuurg-eckernfoerde@spd.de
Internet: www.spd-rd-eck.de

KEINE ZAUBERFORMEL — ABER EIN AUFBRUCH ULF DAUDE VOM SPD-LANDESPARTEITAG



Wer auf dem Landesparteitag am 6. Februar in Neumünster Zauberformeln zur Bewältigung oder einen einfachen Abschluss der SPD-Krise erwartete, musste enttäuscht werden. In dieser Situation gibt es keine einfachen Lösungen, die wir nur beschließen müssen, damit alles wieder gut wird.

Nein - Es wird ein langer und ein mühsamer Weg sein, denn es braucht mehr als nur ein Facelifting oder schlechte Politik der anderen Parteien! Vieles gehört auf den Prüfstand. Das ist das Signal des Parteitages – Nicht nur nach Schleswig-Holstein sondern für die gesamte SPD von Flensburg bis in Allgäu und von Aachen bis Dresden!

Der allen Ortsvereinen früh zugesandte Leitantrag des Landesvor-

standes und dessen ungewöhnliche Form machte klar, dass es eine breite und tiefgehende Debatte der nicht erst seit gestern bestehenden Krise geben muss, mit umfassender Analyse, Hintergründen und der Suche nach Lösungen. Wenn wir seit 1998 in allen Ländern und im Bund in nahezu sämtlichen Wahlen verloren haben, kann es nicht nur einige wenige Gründe dafür geben.

Auch bei uns in Rendsburg-Eckernförde führte der Leitantrag zu einer kontroversen Debatte. Die Rückmeldungen aus den Ortsvereinen dazu hätten gerne etwas vielfältiger und ausführlicher ausfallen können, aber es ergab sich eine intensive Debatte, so dass wir im Kreisvorstand und Kreisparteiausschuss den Leitantrag überarbeiten und Änderungsanträge auf den Weg schicken konnten.

Wenn wir unserem Anspruch als Partei der Programme und der Inhalte gerecht werden wollen, dann sind die Ortsvereine für mehr da, als für die - zweifellos sehr wichtige - Kommunalpolitik oder zum Plakate kleben. Echte Mitwirkung der Basis und das Ringen um die richtigen Inhalte und Personen gelingt nur, wenn sich alle Genossinnen und Genossen einbringen. Dazu rief auch Sigmar Gabriel in seiner Rede auf. Für die ganze SPD muss gelten: Wir müs-

sen uns einmischen und vom „Wir müssten“ zum „Wir machen!“ kommen!

Und das kann man dieses Mal schon als gelungen bezeichnen, wenn man bedenkt, dass aus den Diskussionen in den Gremien, Foren und Arbeitsgemeinschaften der SPD über 100 Änderungsanträge eingereicht wurden und sich darüber eine Debatte über den gesamten Tag ergab. Gestritten wurde auch - wie es sich gehört.

Wie zu erwarten, gab es auch eine Debatte um Ralf Stegner und um die Trennung von Partei- und Fraktionsvorsitz. Der Parteitag entschied sich am Ende mit deutlicher Mehrheit dafür, Personalfragen zu den jeweiligen Wahlterminen zu klären sowie die Satzung im Bezug auf die generelle Trennung der Ämter nicht zu ändern.

Natürlich ist es sinnvoll, die Partei in der Führung breiter aufzustellen. Aber das darf keine abstrakte Debatte sein.

Gerade das Ergebnis des verabschiedeten Arbeitsprogramms zur Neuaufstellung der SPD wird zeigen, wer in eine Führungsrolle passt, die unser Profil „verkaufen“ soll.

Die SPD Rendsburg-Eckernförde und der Ortsverein Eckernförde haben sich besonders gründlich an der Gestaltung des Leitantrages beteiligt und so ist es kein Wunder, dass fast alle Änderungsanträge direkt übernommen oder nach der Diskussion vom Parteitag beschlossen wurden.

In der überarbeiteten Fassung wurde der Leitantrag schließlich mit nur einer Gegenstimme beschlossen. Er beschreibt, wie wir uns auf den Weg zu neuer Stärke und damit wieder zu guten Wahlergebnissen machen wollen. Damit nicht nur viel geredet, sondern auch viel angepackt wird, finden sich im Leitantrag klar benannte Zuständigkeiten und ein Fahrplan bis 2011 – bis zum nächsten ordentlichen Landesparteitag mit Vorstandswahlen.

Natürlich ist es schwierig, den Men-



SPD-KREISEMPFANG WAR WIEDER EIN ERFOLG

schen Analysen, Dokumentationen der Mitgliederkritik und Beschlüsse „für eine bessere SPD“ auf insgesamt 25 Seiten zu vermitteln. Mit diesem Antrag sollen wir aber nicht auf die Straße, sondern innerparteilich an die Arbeit gehen. Beschlossen wurde ein guter ideenreicher Arbeitsplan, wie wir uns neu aufstellen und mit „mehr Sozialdemokratie“ wieder glaubhaft unsere Wählerinnen und Wähler erreichen.



Den neuen Leitartikel findet ihr bald in der beschlossenen Fassung auf unserer Homepage www.spd-rd-eck.de.

Lest ihn bitte in Ruhe durch, teilt uns eure Meinung mit und helft bei der Umsetzung. Der Kreisvorstand und der Kreisparteiausschuss freuen sich über Rückmeldungen. Wir zählen auf euch!

Die anderen Parteien zeigen uns gerade, was passiert und wer profitiert, wenn wir nicht aktiv mitgestalten können. Das darf auf jeden Fall nur ein kurzer Abschnitt in der Landes- und Bundesgeschichte sein. Schleswig-Holstein und Deutschland brauchen eine aktive, starke Sozialdemokratie!



Der Neujahrsempfang des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion im Bürgerzentrum Büdelsdorf war trotz widriger Wetterverhältnisse wieder ein Erfolg. Über 100 Gäste waren der Einladung gefolgt.

Prominentester Gast war unser Landesvorsitzender Dr. Ralf Stegner. Der Kreisvorsitzende Sönke Rix und der Kreistagsfraktionschef Dr. Kai Dolgner begrüßten viele Gäste aus Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbänden des Kreises, darunter Kreispräsident Lutz Clefsen, Rendsburgs Bürgermeister Andreas Breitner, die Europaabgeordnete Ulrike Rodust, die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, Hannelore Salzmann-Tohsche und den langjährigen Landtagsabgeordneten und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden der coop Schleswig-Holstein, Günter Neugebauer. Der jüngste Gast war die fünf Monate alte Tochter von Ulf Dau-de, Carlotta. Sie nahm den Trubel interessiert aber gelassen hin.

Sönke Rix appellierte in seiner Rede an die Bundesregierung, die Hilfe an die Länder und Kommunen nicht weiter zu reduzieren. Im Gegenteil: Ihnen Hilfen anzubieten, damit sie sich wieder aus der Schieflage befreien können, wären angebracht. Die Gemeinden im Land sind diejenigen, die die wachsenden Aufgaben in der Sozial- und Jugendhilfe, der Grundsicherung für ältere Menschen, der Erziehungshilfe und der Eingliederungshilfe für Behinderte auffangen, die mit den steigende Armut zu kämpfen haben.

Sowohl Sönke Rix aus Sicht des Bundestagsabgeordneten als auch Kai Dolgner aus Sicht des Landtags- und Kreistagsabgeordneten mahnten die schwarz-gelbe Koalition in Berlin an, Steuergeschenke nicht auf dem Rücken der Kommunen zu machen.

Kai Dolgner rechnete in seiner Rede vor, dass eine Kindergelderhöhung, die bei Kindern von Ministern 36 Euro, Durchschnittsarbeitnehmern 20 Euro und von Hartz IV-Empfängern

0 Euro kaum als sozial zu bezeichnen wäre. „Von den 8 Mrd. Euro hätten wir in ganz Deutschland alle Kitas zweimal gebührenfrei anbieten können.“

Beide sparten auch nicht mit Selbstkritik über die verlorenen Wahlen und die derzeitige Rolle der Sozialdemokraten. Dolgner: „2009 war zweifellos ein schwarzes Jahr für die SPD. Drei verlorene Wahlen sind eine sehr bittere Wahlniederlage.“

Maike Voß aus Brekendorf hatte als neues Mitglied ihren ersten großen Auftritt in der Kreispartei. Die 20jährige Studentin erhielt von Sönke Rix ihr Parteibuch und eine Rose.



Günter Neugebauer wurde aus seinem langjährigen Amt als Landtagsabgeordneter von Sönke Rix verabschiedet. „Du bist eher in den Unruhestand gegangen. Wie ich gehört habe, hast Du deine ehrenamtliche Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der coop Schleswig-Holstein zum Vollzeitjob gemacht.“

Ebenfalls verabschiedet wurde der langjährige Geschäftsführer der Kreis-SPD, Dieter Heß, der sich darüber freut, mehr Zeit für seine Frau und seine Familie zu haben. Die leider durch einen anderen Termin verhinderte Ute Erdsiek-Rave war aus ihrem Amt als langjährige Landtagsabgeordnete bereits einige Tage vorher beim Rübenmus-Essen der Ortsvereine ihres alten Wahlkreises verabschiedet worden.

Anke Göttisch
Stellv. Kreisvorsitzende

GEFAHR FÜR DIE FÖRDESPARKASSE?



Sparkassen sind, mit sieben Ausnahmen wie die Sparkasse Mittelholstein, öffentlich-rechtliche Kreditinstitute der Kommunen bzw. Kreise. Die Sparkassen sind ein enorm stabilisierender und vertrauensbildender Faktor.

Sie sind für 45 % der Unternehmensfinanzierung in Deutschland zuständig, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen und Handwerksbetrieben, die für große Banken häufig nicht interessant sind.

Die schwarzgelbe Koalition plant durch eine Änderung des Sparkassengesetzes den Einstieg der Hamburger Sparkasse (Haspa) in die öffentlich-rechtlichen Sparkassen zu ermöglichen. Zweifellos lockt die Stärkung des Eigenkapitals und die

damit verbundenen Vorteile.

Es ist aber zweifelhaft, ob die Haspa, deren Einstieg bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein durch die Gesetzesänderung ermöglicht werden soll, als öffentlich-rechtliches Institut anerkannt wird.

Die Haspa ist aber eigentlich eine privatwirtschaftliche Sparkasse und Aktiengesellschaft.

Sollte die Haspa europarechtlich als privates Institut gewertet werden, ist zu befürchten, dass durch die von der schwarzgelben Koalition geplante Änderung des Sparkassengesetzes wegen europarechtlicher Vorschriften der Einstieg privater Institute zugelassen werden muss.

Dieses hätte einen Dambruch zur Folge und nach der Haspa dürfte auch anderen Privaten der Erwerb von Anteilen nicht verweigert werden. Dieses hätte weitreichende Konsequenzen für die öffentlich-rechtlichen Sparkassen in Schleswig-Holstein, zu denen auch die Fördesparkasse gehört.

Die FDP verfolge seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren. Vor einem Jahr hat sie vorgeschlagen, die Sparkassen in Aktiengesellschaften umzuwandeln und bis zu 49,9 % privates Kapital zuzulassen.

Dazu erklärte ihr Vorsitzender Kubicki im Landtag unverblümt: "meine Fraktion (wird) selbstverständlich als

Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen (.) Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird." (Plenardebatte am 29.1.2009).

In der Großen Koalition konnte die SPD eine Privatisierung der Sparkassen verhindern. Doch nun lässt sich die CDU von der FDP auf das politische Glatteis locken. Das Ziel der FDP ist klar: Mit dieser Gesetzesänderung hat sie nach eigenem Bekunden eine erste Tür zur Privatisierung geöffnet.

Die SPD-Landtagsfraktion möchte dagegen das 3-Säulen-Modell mit privaten Banken, Genossenschaftsinstituten und öffentlich-rechtlichen Sparkassen wie bisher erhalten.

Gerade die Sparkassen sind für eine Versorgung der mittelständischen Wirtschaft und der Privathaushalte in der Fläche unverzichtbar; sie stellen auch das Girokonto für jedermann sicher. Sie verwenden ihre Ausschüttungen für das Gemeinwohl, wie z.B. in der Stiftung Sparkasse Eckernförde für Kunst und Kultur, Jugendpflege und Sport - im Gegensatz zu Privaten, die ihren Anteilseignern Renditen sichern müssen. Deshalb brauchen wir die Sparkassen und wollen sie erhalten.

*Dr. Kai Dolgner, MdL
Vorsitzender der SPD-Kreisfraktion
Rendsburg-Eckernförde*

KREISPARTEITAG IM MAI

Im Mai 2010 lädt der Kreisvorstand zum ordentlichen Kreisparteitag der SPD Rendsburg-Eckernförde ein.

Neu gewählt werden satzungsgemäß der Vorstand, die Schiedskommission, die Revisoren, die Gleichstellungskommission, Vertreter im Landesparteirat und Delegierte für Landesparteitage.

Dazu ist es erforderlich, dass die Ortsvereine überprüfen, ob sie in

den letzten zwei Jahren Delegierte für den Kreisparteitag gewählt haben.

Je angefangene 20 Mitglieder ist eine Delegierte oder ein Delegierter im Ortsverein zu wählen. Die Namen der Delegierten und Ersatzdelegierten können ab sofort im Kreisbüro in Rendsburg gemeldet werden.

Weitere Informationen zum Datum, zum Versammlungsort, zu den Fris-

ten und zum genauen Ablauf folgen im nächsten Kreisinfo.

SPD-KREISBÜRO

Eva Dreger
Nienstadtstraße 10
24768 Rendsburg
Tel. 04331-437 4602
Fax 04331-437 4603
Mobil 0176-93175186
E-Mail:
kv-rendsbuerg-eckernfoerde@spd.de

100 TROSTLOSE TAGE IN KIEL — VON RALF STEGNER, MDL



Nach 100 Tagen im Amt weiß die Koalition immer noch nicht, wohin sie Schleswig-Holstein führen will und wie sie den Haushalt konsolidieren soll: Mal wird das gerade eingeführte beitragsfreie dritte Kita-Jahr zur Disposition gestellt, mal das Pensionsalter von Polizeibeamten. Das klingt sehr nach „wünsch Dir was“, aber nicht nach ernsthaften und durchdachten Konzepten. Im schlimmsten Fall stellt man einfach alles „auf den Prüfstand“. Die Bürgerinnen und Bürger, die Konkretes wissen möchten, werden auf die Zeit „nach der Mai-Steuerschätzung“ vertröstet – als ob diese irgendwelche Überraschungen bringen würde. Nicht einmal die CDU-geführten Ministerien haben Vorschläge gemacht, wo Ausgaben eingespart werden können, obwohl genau dieser – nicht stichhaltige Vorwurf an die SPD-Minister als ein Grund für den Bruch der Großen Koalition durch die CDU im Juli 2009 herhalten musste.

Die einzigen Entscheidungen, die diese trostlose Regierung getroffen hat, waren zum Nachteil des Landes und seiner Menschen: Sie hat dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zugestimmt; dieses Geschenk für Hoteliers und reiche Erben bringt Einnahmeverluste für Schleswig-Holstein in

Höhe von jährlich 130 Mio Euro, worunter besonders die Kommunen zu leiden haben.

Sie hat der Erteilung von Boni bei der HSH-Nordbank zugestimmt und damit Vorgaben des Landtages und des SoFFin ignoriert.

Gab's gar nichts Positives? Doch: Die Ankündigung eines Reifenwechsels bei Polizeifahrzeugen und die Möglichkeit, Autokennzeichen beim Umzug beizubehalten.

Das sagt die Presse:

SHZ: „Viel zu Wege gebracht hat die selbst ernannte „Koalition des Aufbruchs“ noch nicht. Jedenfalls nichts, was dieses arme Land erkennbar vorangebracht hätte.“

KN: „100 Tage und ein bisschen leise. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat schon viel angekündigt, aber erst wenig entschieden.“

Von der FDP ist außer dem Trommelschlagen für den Erhalt einer Handvoll Realschulen und für das kostspielige Wahlfreiheitschaos G8 oder G9 sowie einer wirksam in Szene gesetzten Grippe-Schutzimpfung des Sozialministers seltsam wenig zu hören.

Die CDU verschanzt sich hinter dem breiten Rücken ihres Vorsitzenden/Ministerpräsidenten und hat bei ihm erreicht, dass zwei neue Beauftragte ernannt und ausgestattet werden, die niemand braucht, und für Aufgaben, für die es Minister gibt – nachdem sie jahrelang Beauftragte immer nur abschaffen wollte.

Fazit der 100 Tage Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein: Einnahmeverluste und Mehrausgaben.

Stattdessen hätten nach Ansicht der SPD bereits in den ersten 100-Tagen die Weichen gestellt werden müssen für

- eine Verwaltungsstrukturreform, mit der man dort sparen kann, wo es effektiv ist und die Bürgerinnen und Bürger nicht belastet,
- ein zumindest grobes Konsolidierungskonzept, das die Richtung festlegt, wo gekürzt und gestrichen werden soll,
- die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Schulgesetzes von 2007 mit dem Ziel, Sicherheit für die Zukunft der Schulen zu schaffen,
- Verhandlungen über einen Altschuldenpakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel, das strukturelle Defizit des Landes abzuschaffen,
- ein Erdkabelgesetz und vieles mehr, was eine handlungsfähige Regierung getan hätte.

Nichts dergleichen ist geschehen – Schwarz-Gelb hat wertvolle Zeit verтан, anstatt sie zum Wohle des Landes zu nutzen. Von einer „Koalition des Aufbruchs“ ist nichts zu spüren. Schon zum sogenannten Arbeitsprogramm der Regierung titelten die drei größten schleswig-holsteinschen Tageszeitungen: „Wo regieren sie denn?“, „Warten auf Entscheidungen“ und „Wer gibt mal Schwung?“ Wir bleiben dabei: Bisher gibt es bei Schwarz-Gelb lediglich prima Klima, aber viel heiße Luft. Schön für die Tu-nix-Regierung, trostlos für Schleswig-Holstein.

100 TAGE CHAOS UND KLIENTELPOLITIK — VON SÖNKE RIX, MDB



Etwas mehr als 100 Tage ist die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung im Amt. Ihre bisherige Arbeit lässt sich auf diese Formel bringen: 100 Tage Chaos, 100 Tage Klientelpolitik, 100 Tage Wähler-Täuschung, viel Krach – keine Bewegung.

Das Ausmaß der Regierungsunfähigkeit in der Chaos-Koalition hat politische Freunde wie Gegner überrascht. Die Koalitionäre wirken heillos zerstritten. Das öffentliche Urteil ist vernichtend.

Koalitionsvertrag, Regierungserklärung, Klausurtagung oder Krisentreffen: Nirgendwo konnte Schwarz-Gelb auch nur die wichtigsten politischen Fragen klären. Schwarz-Gelb ist die Koalition der Kommissionen: Noch nie hat es eine solche Verschleppung und Verzögerung von Entscheidungen gegeben. Seehofer und Westerwelle haben zwar Duz-Freundschaft geschlossen. Sie bekämpfen sich aber bis aufs Messer. Angela Merkel erweckt den Anschein, das habe nichts mit ihr zu tun. Dass sie um ihre persönliche Popularität mehr besorgt ist, als um die politische Klärung von Zukunftsfragen, ist Merkels Anteil am Debakel dieser Regierung.

Der Vertrauensvorschuss, mit dem Schwarz-Gelb startete, ist bereits aufgebraucht. Inzwischen bescheinigt nahezu jeder zweite Deutsche

der Regierung schlechte Arbeit, 70 Prozent sagen, dass Schwarz-Gelb nicht das Gemeinwohl, sondern nur Einzelinteressen vertritt. Rund 1.000 zusätzliche Stellen hat sich Schwarz-Gelb in den Ministerien genehmigt. An vielen Stellen wurden Posten für Parteifreunde geschaffen.

Die bisherigen Ergebnisse der Regierungsarbeit: Schwarz-Gelb bedient Klientelinteressen, plündert die öffentlichen Kassen, stellt unser bewährtes Sozialsystem in Frage, marschiert zurück in den Atom-Staat und stiftet – zumindest bisher - Chaos bei der Betreuung und Beratung von Arbeitslosen.

Entgegen aller ökonomischen Vernunft und dem Rat vieler Experten hat Schwarz-Gelb den Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent herab gesetzt – ein Steuerprivileg, das eine Milliarde Euro kostet, ökonomisch unsinnig ist, neue Bürokratie verursacht und eine Klientel bedient.

Vorangegangen waren Wahlkampfspenden aus der Hotelbranche an FDP und CSU in Millionenhöhe. Wegen des engen Zusammenhangs zwischen Großspenden und Mehrwertsteuerprivileg sprechen Staatsrechtler von einer rechtswidrigen „Zweckspende“. Der Verdacht der Käuflichkeit steht im Raum. Der ganze Vorgang ist ein Desaster für die politische Kultur in Deutschland.

Neben den Hoteliers wurden mit den ersten Maßnahmen auch Unternehmen und reiche Erben bedacht. Weitere 20 Milliarden Euro Steuerentlastungen sollen folgen. Für wen die Entlastungen sein sollen und wer für diese „Steuer-Party“ zahlen soll, verschweigt Schwarz-Gelb vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai. Wahrscheinlich aus guten Gründen: Denn schon jetzt ist klar, dass überall Leistungen gekürzt werden müssen und Gebühren steigen werden. Das heißt im Klartext: Weniger Netto für Menschen mit geringem oder normalem Einkommen.

Der FDP-Gesundheitsminister übt den Kniefall vor der Gesundheitslob-

by aus Pharmaindustrie, Privater Krankenversicherung und Ärzte- und Apothekerverbänden. Mit Christian Weber hat Minister Rösler einen Chef-Lobbyisten in eine Schlüsselposition des Ministeriums gebracht. Der ehemalige Vize-Direktor des Verbands der Privaten Krankenversicherungen ist jetzt zuständig für Grundsatzfragen der Gesundheitsreform. Gleichzeitig wird Peter Sawicki als unabhängiger und unbequemer Leiter des Kölner Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen abserviert.

Ansonsten hat Schwarz-Gelb nichts getan, um z. B. den Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu bremsen und für mehr Wettbewerb zu sorgen. Stattdessen bereiten sie den Einstieg in die unsoziale Kopfpauschale vor, die Millionen von gesetzlich Versicherten zu Bittstellern macht und die Steuerzahler Milliarden Euro zusätzlich kostet.

In der Energiepolitik ist Schwarz-Gelb auf dem Rückmarsch in den Atomstaat. Uralte Pannenmeiler sollen – trotz beschlossenem Atomausstieg – weiterlaufen und der Atomindustrie Milliarden Euro in die Kassen spülen. Was mit dem gefährlichen Atommüll passieren soll, bleibt offen. Über diese Absichten können auch die Dehnungsübungen vom Herrn Röttgen nicht hinwegtäuschen. Für die Beseitigung der skandalösen Zustände im niedersächsischen Atomlager Asse sollen die Steuerzahler aufkommen.

Bei den Job-Centern scheint die Bundesregierung gerade noch die Kurve zu kriegen. Ob die verbleibende Zeit ausreicht, eine Änderung des Grundgesetzes herbeizuführen, mit der die Arbeit der „Job-Center“ und damit die Betreuung Hunderttausender Arbeitsloser auf eine verlässliche Grundlage gestellt würde, bleibt abzuwarten. Unter Dach und Fach ist noch lange nichts.

Die Berliner Zeitung urteilt über Schwarz-Gelb: „Nicht regierungsfähig!“ (4.2.2010). Ich kann da nicht widersprechen.